

Anspruch und Wirklichkeit: befördert Partizipation umweltpolitisch "gute" Entscheidungen?

Newig, Jens; Fritsch, Oliver

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Newig, J., & Fritsch, O. (2011). Anspruch und Wirklichkeit: befördert Partizipation umweltpolitisch "gute" Entscheidungen? In R. Trattning (Hrsg.), *Demokratie und Umweltkrise: brauchen wir mehr Mitbestimmung?* (S. 206-211). München: Oekom-Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-406795>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Wunsch und Wirklichkeit

Befördert Partizipation umweltpolitisch „gute“ Entscheidungen?

Jens Newig | Oliver Fritsch

Zu den wünschenswerten Ergebnissen von Partizipation gibt es eine reichhaltige Fülle an theoretischer Literatur. In Zeiten hoher umweltpolitischer Komplexität und „Multi-level governance“ erhofft man sich von zivilgesellschaftlicher Beteiligung an Entscheidungsprozessen eine Verbesserung der Ergebnisse und eine zügige und breit akzeptierte Umsetzung der beschlossenen Umweltmaßnahmen. Es klafft aber eine große Forschungslücke zwischen theoretischem Wunsch und empirischer Wirklichkeit, da die unzähligen, bislang insbesondere in Nordamerika durchgeführten partizipativen Verfahren noch nicht systematisch und vergleichend auf ihre konkreten umweltpolitischen Effekte untersucht wurden. Eine Meta-Analyse von Fallstudien soll dazu beitragen, diese Lücke zu schließen.

Schlüsselwörter: Partizipation, Fallstudien, Meta-Analyse, Umweltpolitik, Multi-Level-Government

Während die Debatte um Partizipation in den 1960er- und 1970er-Jahren vor allem auf die emanzipatorische, demokratisierende Wirkung von Mitbestimmung abzielte, trat im Zuge der europarechtlichen Verankerung von Öffentlichkeitsbeteiligung der instrumentelle Wert von Partizipation in den Vordergrund.¹ Bekanntermaßen sind viele Umweltprobleme hochkomplex und machen vor Grenzen nicht Halt. Relevante Entscheidungen werden daher auf lokaler genauso wie auf internationaler Ebene – und folglich an vielen unterschiedlichen Schaltstellen – getroffen (Meadowcroft 2002). Polyzentrische Steuerungssysteme können auf der einen Seite geradezu als Bedingung für langfristig effizientes und flexibles ökologisches Handeln angesehen werden (McGinnis 1999, Ostrom 2005). Andererseits bringt eine solche Form der „Multi-level governance“ besondere Herausforderungen mit sich: Je mehr Schaltstellen existieren, je mehr Akteure und potenzielle „Veto-Player“ in den Gesamtprozess eingebunden sind, umso mehr Hindernisse können sich einer effizienten Umsetzung entgegenstellen (Pressman/Wildavsky 1984/1973).

Gerade in der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik, durch mannigfaltige Implementationsdefizite charakterisiert, wird Partizipation zunehmend als Mittel angesehen, um Maßnahmen zügiger, zielgenauer und effektiver umzusetzen (Feindt/Newig 2005, Koontz/Thomas 2006). Nationalstaaten wie auch internationale Policy-Regimes haben daher die Beteiligung an politischen Entscheidungen in diesem

Politikfeld in vielfältiger Weise institutionalisiert. Vorreiter waren der 1990 in den USA verabschiedete *Negotiated Rulemaking Act* und die Rio-Deklaration aus dem Jahr 1992, nach deren Prinzip 10 Umweltschutzprobleme „am besten unter Beteiligung der betroffenen Bürger“ zu lösen sind. In ihrem Weißbuch präsentierte die Europäische Kommission (2001) Kriterien für ein „gutes Regieren“, die unter anderem die erweiterte Konsultation von „Stakeholdern“ einschließen. Im Gefolge des Aarhus-Übereinkommens setzen seit dem Jahr 2000 allein sechs EU-Richtlinien² rechtliche Standards für zivilgesellschaftliche Partizipation bei Umweltentscheidungen. Der Europäischen Kommission zufolge sind sie in erster Linie effektivitätsorientiert. So heißt es über die Wasserrahmenrichtlinie: „Die Beteiligung der Öffentlichkeit ist kein Selbstzweck, sondern ein Instrument, um die Umweltziele der Wasserrahmenrichtlinie zu erreichen“ (EU 2002, S. 7)³.

Die Hoffnungen auf die Verbesserung des politischen „Outcome“ – hier also der Umweltqualität – sind groß, wenngleich allesamt nicht ohne ernüchternde Einwände geblieben. So hofft man etwa auf soziales Lernen und besser informierte Entscheidungen durch lokales Wissen (Pellizzoni 2003), auf die Öffnung von nicht-nachhaltigen Akteursnetzwerken gegenüber ökologischen Anliegen (Smith 2003) oder darauf, mittels Beteiligung die Differenz zwischen territorialen und biogeografischen Grenzen zu überbrücken (Delli Priscoli 2004, S. 225).

Seit rund zwanzig Jahren legen Untersuchungen verstärkt nahe, dass die Komplexität der im öffentlichen Raum zu bewältigenden Probleme und die mit ihnen verbundenen Risiken für Bürger häufig kaum noch nachvollziehbar sind. Etliche Vorhaben – insbesondere Großprojekte – werden daher von der Bevölkerung immer weniger akzeptiert. Auch viele umweltpolitische Maßnahmen sind ohne breite Akzeptanz bei den Betroffenen kaum mehr durchführbar (vgl. Dollinger 1986, Würtenberger 1996). Bessere Konfliktlösungen können mehr Akzeptanz hervorbringen – und diese wiederum die Umsetzung und Befolgung von Entscheidungen erleichtern (Macnaghten/Jacobs 1997, Schenk et al. 2007).

Akzeptanz im hier verwendeten Sinne reicht von der Befürwortung und Identifikation mit einer Entscheidung bis zur Duldung trotz Nichtgefallen. Sie entsteht nach den Ergebnissen der Procedural-Justice-Forschung auch dann, wenn das erzielte Ergebnis nicht den eigenen Vorstellungen entspricht – vorausgesetzt, das Beteiligungsverfahren wurde als fair empfunden (Tyler 1990). Wesentlich dafür ist insbesondere die gleichberechtigte Chance aller Beteiligten auf Wortbeiträge und die Artikulation von Geltungsansprüchen (Webler 1995). Weitere Erfolgskriterien sind die Transparenz des Verfahrens und offene Kommuni-



DESIRE AND REALITY. DOES PARTICIPATION BRING ABOUT “GOOD” ENVIRONMENTAL DECISIONS?

Current political trends and scholarly research increasingly promote collaborative and participatory governance in multi-level systems as a pathway to more sustainable and effective environmental policy. Such decision making, so the hopes, could yield better results and a swifter, more broadly accepted implementation of measures. Nonetheless, the research gap between desire and reality is large. Countless case studies on (participatory) environmental governance have been published, but never systematically reviewed. A meta-analysis of 47 case studies from North America and Western Europe is designed to close this gap and shed light on the hopes placed on participation.

Keywords: Participation, case-studies, meta-analysis, environmental policy, multi-level-governance

kation, frühzeitige Beteiligung, gemeinsame Festlegung von Verfahrensregeln, Über- oder Allparteilichkeit der Moderation (vgl. Wolf/Adrian 1996) und nicht zuletzt die Offenheit der Entscheidung. Gewinnen die Beteiligten den Eindruck, dass Beschlüsse bereits feststehen, so wird sich dies negativ auf die Akzeptanz auswirken (Diduck/Sinclair 2002). Dies hat sich einmal mehr in spektakulärer Weise bei den Protesten zum Bahnvorhaben „Stuttgart 21“ gezeigt. Eine Entscheidung, an der konfligierende Interessen beteiligt sind, lässt insbesondere dann eine hohe Akzeptanz erwarten, wenn sie am Ende auf einem Konsens oder zumindest für alle tragbaren Kompromiss beruht.

Sind diese Idealbedingungen nicht gegeben, kann Partizipation die Umsetzung von Entscheidungen sogar erschweren, wie Erfahrungen aus Amerika nahelegen (Coglianese 1997). Welche umweltpolitischen Wirkungen partizipative Prozesse in der Praxis tatsächlich entfalten, ist bislang jedoch nur unzureichend erforscht. Es gibt zwar unzählige Einzelstudien, aber es fehlt an vergleichender Zusammenschau. Erfüllt zivilgesellschaftliche Partizipation die an sie gerichtete Erwartung einer besseren umweltpolitischen Praxis?

EINE META-ANALYSE VON FALLSTUDIEN

Im Folgenden stellen wir einige vorläufige Ergebnisse einer Meta-Analyse von Fallstudien vor⁴. Die Grundidee dabei ist, dass sich aus der Vielzahl bereits veröffentlichter (Einzel-) Fallstudien in modernen Demokratien Schlüsse für die fallübergreifende Wirkungsweise partizipativer Verfahren ziehen lassen. Die verwendete Vorgehensweise ist die „Case-Survey-Methode“ (Newig/Fritsch 2009)⁵. Hierzu identifizierten wir in einer Literaturrecherche zunächst über 200 detaillierte Fallstudien (partizipativer) Entscheidungsprozesse, die in den letzten vier Jahrzehnten in Nordamerika und Westeuropa unternommen und dokumentiert wurden. Darunter fielen die verschiedensten Formen einer Bürger- und auch Stakeholderbeteiligung, sofern diese kollektiv bindende Entscheidungen hervorbrachten (Renn 2005). Öffentliche Diskussionsprozesse ohne rechtliche und politische Bindungswirkung, etwa im Rahmen der Lokalen Agenda 21, wurden also nicht berücksichtigt.

Aus dieser Datenbasis trafen wir eine Auswahl von 47 Fallstudien, bei der die Vollständigkeit der Beschreibung höchste Priorität hatte. Die überwiegende Mehrzahl dieser Studien beschreiben Partizipationsprozesse in den USA zwischen 1970 und 2007 – ein Hinweis auf die lange Tradition deliberativer Verfahren in den Vereinigten Staaten; vier Studien stammten aus Kanada, fünf aus Deutschland und jeweils eine aus Großbritannien und der Schweiz. In all diesen Fällen ging es um das Management natürlicher Ressourcen (vor allem Wälder und Gewässer) oder um Entscheidungen über den Bau von Großanlagen (vor allem Kraftwerke sowie Abfallbehandlungs- und Entsorgungsanlagen).

Die untersuchten US-Verfahren sind durchschnittlich ein gutes Jahrzehnt älter als die europäischen. Dies hat Implikationen für die Ausprägung des Umweltbewusstseins. Dass die getroffenen Entscheidungen in Nordamerika – wie zu zeigen sein wird – weniger den Umweltschutz betonen als die europäischen, beruht aber nicht zuletzt auch darauf, dass in den USA meist informelle, konsensual orientierte und in diesem Sinne oft erfolgreiche *Konfliktlösungen* im Vordergrund stehen – und weniger inhaltliche Antworten auf ökologische Probleme, wie sie in Europa in strukturierten Verfahren gesucht werden.

Um zu bewerten, wie erfolgreich die Verfahren in umweltpolitischer Hinsicht waren, zogen wir einen einfachen Vergleichsmaßstab heran. Aus der Vorgeschichte eines Falles lässt sich häufig rekonstruieren, welche Sachentscheidung die zuständige Behörde oder ein

demokratisch gewähltes Gremium getroffen hätte – oder welche Ziele dieses ursprünglich hatte. Auf diese Weise lässt sich abschätzen, ob die partizipativ entwickelte Lösung in der einen oder anderen Richtung von einer rein hoheitlichen Entscheidung abweicht.

Erlleicht Partizipation die Umsetzung von umweltpolitischen Zielen, indem sie deren Akzeptanz fördert? Die Analyse liefert tatsächlich Hinweise darauf, dass Beteiligung die Akzeptanz öffentlicher Entscheidungen erhöht – und dass Akzeptanz eine wichtige Vorbedingung für deren Befolgung und eine reibungslosere Umsetzung ist.

Wie aber erreicht man Akzeptanz? Dazu liefern die Daten lediglich einen *statistisch* signifikanten Zusammenhang: Damit öffentliche Entscheidungen akzeptiert werden, müssen sich nichtstaatliche Akteure an der Abwägung der unterschiedlichen Positionen beteiligen können. Fühlen sich Parteien aus der Verhandlung ausgeschlossen und empfinden sie diese als unfair, so bestätigen einige Fälle, dann ist sogar mit Verzögerungen bei der Umsetzung der gemeinsam getroffenen Entscheidungen zu rechnen. Als fair wurde beispielsweise das Verfahren um die Abfallwirtschaft in Lübeck empfunden, an dem NGOs, die lokale Wirtschaft, Experten und Vertreter der Abfallbehörden teilnahmen; eine hoheitliche Entscheidung hätte hier vermutlich Vollzugswiderstände bei einigen Akteuren hervorgerufen.

Dies legt nahe, dass staatliche Institutionen bereit sein müssen, Kompromisse einzugehen – im Fall der Umweltpolitik kann das durchaus bedeuten, Abstriche von ambitionierten Zielen zu machen. Im Fall des Holston River kam die US-amerikanische Umweltbehörde EPA einer großen Chemiefabrik bei den Grenzwerten für Gewässereinleitungen entgegen. Die angestrebten Wasserqualitätsstandards entsprachen somit zwar nicht ganz den Vorstellungen der Umweltbewegungen – wurden aber rasch und umfassend umgesetzt. Auf diese Weise vermied die Behörde nicht nur langwierige Dispute zwischen Umweltvertretern und einem mächtigen ökonomischen Player, sondern auch jahrelange juristische Auseinandersetzungen.

Wie wirken sich eine Vielzahl beteiligter Akteure und polyzentrische Entscheidungsstrukturen aus? Innerhalb der untersuchten Fallstudien korreliert die Umweltqualität der Entscheidungen stark mit der Anzahl der beteiligten Regierungsebenen. Dies zeigt sich am Beispiel der Entscheidungsverfahren in Bezug auf die Großen Seen an der Grenze zwischen der USA und Kanada. Die Zusammenarbeit zwischen lokalen, regionalen und supranationalen Akteuren bei der Verbesserung der Wasserqualität trug nicht nur zu einem gemeinsamen Problemverständnis bei, sie resultierte auch in einem kohärenten Maßnahmenbündel und in der Bereitstellung von ausreichenden finanziellen Ressourcen.

Wenn sich viele Akteure – und insbesondere auf höheren Ebenen angesiedelte Behörden – an der Partizipation beteiligen, scheint die Umsetzung der Ziele in hohem Maße gesichert zu sein. Behörden, die Aktivitäten verzögern, sehen sich großem Druck von Mitbeteiligten ausgesetzt, insbesondere von nichtstaatlichen Akteuren.

Setzt sich in lokalen Entscheidungen meist das ökonomische Kalkül gegenüber ökologischen Zielen durch? Unsere Analyse ergab keinen statistisch signifikanten Zusammenhang zwischen räumlicher Nähe und den jeweils artikulierten Interessen. Lokale Anwohner reagieren auf umweltschädliche Aktivitäten nicht grundsätzlich sensibler als weiter entfernte Akteure; es ist aber auch nicht zu beobachten, dass sie aufgrund bestimmter ökonomischer Interessen umweltschädliche Vorhaben stärker unterstützen würden als andere Beteiligte. Die Fallstudien zeigen allerdings, dass zwar nicht räumliche Nähe per se, sehr wohl aber die *ökonomische Entwicklung der lokalen Gemeinde* und der Region einen Einfluss auf

AKZEPTANZ

Die Analyse liefert tatsächlich Hinweise darauf, dass Beteiligung die Akzeptanz öffentlicher Entscheidungen erhöht

die vertretenen Interessen (und damit auch auf die getroffenen Entscheidungen) haben.

Als sich in der Umatilla-Basin-Mediation in Oregon in den 1970ern lokale Fischer gegen die Umleitung von Flüssen zugunsten der Landwirtschaft stellten, ging es den lokalen Akteuren um ihr ökonomisches Wohlergehen, während von außen kommende Umweltaktivisten mit großer Effektivität ökologische Ziele verteidigten. In den Fällen des Ashtabula River and Collingwood Harbour im Gebiet der Großen Seen waren die lokalen Akteure jedoch sehr wohl bereit, die Umweltbedingungen zu verbessern – denn sie sahen darin die Chance, eine deindustrialisierte Region durch den Tourismus ökonomisch aufzuwerten.

Bringt Partizipation stärker ökologische Entscheidungen hervor als Top-down-Verfahren? Die Ergebnisse bleibt hier ambivalent. Die von uns analysierten Fallstudien zeigen, dass gemeinschaftliche Vereinbarungen oft eher Kompromisse zwischen rivalisierenden Interessen darstellen denn ökologisch optimale Lösungen.

Das gilt nicht nur für die USA: So stieß etwa ein geplantes Naturschutzgroßprojekt im Spree-wald wegen befürchteter Nachteile für Tourismus und Landwirtschaft bei der lokalen Bevölkerung auf erheblichen Widerstand. Auch „umweltfreundliche“ Entscheidungen zeichnen sich nicht selten durch bloß geringfügige Veränderungen oder schwache Durchsetzungsmaßnahmen aus. Dies wird besonders in jenen Partizipationsprozessen deutlich, die von einer engagierten Umweltverwaltung initiiert wurden: Vergleicht man die getroffenen Entscheidungen mit dem Output, der bei einem Top-down-Verfahren zu erwarten gewesen wäre, dann wurden die Ergebnisse in jenen Fällen erheblich verwässert. In anderen Fälle wiederum gehen lokale Akteure durchaus Bündnisse mit Umweltbehörden ein, wenn sie erkennen, dass ihre Gesundheit und ihr individuelles Wohlergehen bedroht sind. Im Colstrip-Fall erreichte ein Stamm amerikanischer Ureinwohner, dass der Ausbau eines Kraftwerks unweit der Stammesgründe von Luftreinhalte-maßnahmen begleitet wurde. In San Juan verhandelten Bürger mit den Behörden die zukünftige Nutzung eines Nationalparks und erreichten eine reduzierte Abholzung. In beiden Fällen argumentieren Befürworter einer ökologischen Perspektive mit gesundheitlichen oder ökonomischen Argumenten sowie solchen der Lebensqualität. Eine klare, eventuell gar ökozentrische, Umwelt-perspektive wurde entweder nicht eingenommen oder war nicht durchsetzungsfähig. Es dürfte denn auch kein Zufall sein, dass die Bevölkerung im Belmont-Fall, wo es keine unmittelbaren negativen Betroffenheiten gab, für den Verkauf eines ökologisch besonders wertvollen Klinik-Areals und für dessen kommerzielle Nutzung und Verbauung stimmte.

Partizipation *kann* Akteursgruppen gegenüber grünen Präferenzen öffnen – aber dieser Effekt, das zeigen viele der Fälle, wird häufig mehr als kompensiert durch die Möglichkeiten, lokale Wirtschaftsinteressen durchzusetzen. Offene Kommunikation öffnet somit auch Kanäle für Einflüsse, die dem Umweltschutz nicht immer dienlich sind. Wir haben darüber hinaus keine Belege dafür gefunden, dass Partizipation den Gebrauch von lokalem Wissen fördern oder das Potenzial von sozialem Lernen für nachhaltige Ergebnisse ausschöpfen würde.

Auf der anderen Seite aber ist aus unseren Daten keine klare Absage an Öffentlichkeitsbetei-ligung zu schlussfolgern. Die immer wieder zu beobachtenden positiven Effekte lassen keinen Zweifel daran, dass Öffentlichkeitsbeteiligung einen Beitrag zu einer effektiven, legitimen und effizienten Umweltpolitik leisten *kann* – und insbesondere zu einer Politik, die auf unterschied-lichen Ebenen und in vielfältigen Entscheidungszusammenhängen agiert. Partizipation hat das *Potenzial*, sachgerechtere, „ökologischere“ und besser akzeptierte Entscheidungen hervorzubrin-gen. Welche Faktoren aber sind es, die sogenannte „Best-practice“-Fälle gut genug machen, um von ihnen lernen zu können? Es besteht weiter Forschungsbedarf.

Dass dieser Bedarf nicht gering ist, verdeutlicht insbesondere eine Erkenntnis aus den Fallstudien: Der Einfluss von Partizipation auf das umweltpolitische Geschehen war insgesamt

INTERESSEN

Der Umwelt nützt Parti-zipation nur dann, wenn die involvierten Akteure mehrheitlich auch tatsäch-lich anspruchsvolle Umweltziele verfolgen

geringer, als wir erwartet hätten. Während ein Großteil der Partizipationsliteratur auf Prozess-charakteristika als wesentliche Einflussgrößen abhebt, ergab unsere Auswertung, dass Gestaltung oder Ablauf des partizipativen Verfahrens nur geringen Einfluss auf dessen umweltbezogene Ergebnisse hat. Zwar spielen Aspekte wie Fairness und ein hoher Grad an Beteiligung durchaus eine förderliche Rolle – der Umwelt nützt dies aber nur dann, wenn der gesellschaftliche Kon-text stimmt, wenn also die involvierten Akteure mehrheitlich auch tatsächlich anspruchsvolle Umweltziele verfolgen. Unterstützt die Interessenstruktur eher ökonomische Positionen, bedeutet eine angemessene Repräsentation der Interessen eine Reduzierung der Umweltqualität der Ent-scheidung. Es ist so banal wie ernüchternd: Den größten singulären Einfluss auf die Ergebnisse haben die Interessen und Ziele der beteiligten Akteure.

AUTOREN

JENS NEWIG, Jg. 1970, Studium der Geoökologie an der Universität Bayreuth, der Rechtswissenschaften an der TU Dresden (Promotion) und Habilitation in Politikwis-senschaft an der Universität Osnabrück; Professor für Governance und nachhaltige Entwicklung an der Leuphana Universität Lüneburg; Arbeitsschwerpunkte neue Formen von Governance, Partizipation, Netzwerke, Wasserressourcenmanagement, meta-analytische und vergleichende, inter- und transdisziplinäre Forschungs-methoden. E-Mail: newig@uni.leuphana.de

OLIVER FRITSCH, Jg. 1976, Studium der Politikwissenschaft an der Universität Leipzig, gegenwärtig Promotion an der Universität Aarhus; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Exeter; Arbeitsschwerpunkte EU-Umweltpolitik, Implementationsforschung, Öffentlichkeitsbeteiligung, Gesetzesfol-genabschätzung und andere Aspekte von „Gutem Regieren“. E-Mail: o.fritsch@exeter.ac.uk

ANMERKUNGEN

- 1 Dieser Text gibt auszugsweise Ergebnisse aus Newig/Fritsch 2008 und 2009 wieder.
- 2 Die Wasserrahmenrichtlinie (RL 2000/60/EG) sowie in Zusammenhang damit die Hochwasserrisikomanagementrichtlinie (RL 2007/60/EG), die Richtlinie über die Strategische Umweltprüfung (RL 2001/42/EG), die neue Umweltinformationsrichtlinie (RL 2003/4/EG), die Öffentlichkeitsbeteiligungsrichtlinie (RL 2003/35/EG) sowie die Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (RL 2008/56/EG).
- 3 Das Guidance Document zur Beteiligung der Öffentlichkeit wurde im Rahmen der Ge-meinsamen Strategie zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (Common Implemen-tation Strategy – CIS) erarbeitet, einer europaweit einmaligen Institution zur Förderung und Gewährleistung der kohärenten Umsetzung einer Richtlinie (näher Newig 2005).
- 4 Diese bilden eine Vorstudie zum Projekt „ECOPAG“ (Environmental Consequences of Participatory Environmental Governance), das seit 2009 an der Leuphana Universität Lüneburg durchgeführt wird (www.edge-project.de/ECOPAG).
- 5 Die Case-Survey-Methode übersetzt qualitative Beschreibungen mittels Codierung systematisch in (hier fünfstufige) Skalen und somit in quantitative Variablen; die so gewonnenen Daten werden am Ende statistisch ausgewertet. Die aus der Textlektüre gefilterten mehrere Dutzend Variablen, zu denen jeweils 0 bis 4 Punkte vergeben wurden, betrafen den Kontext der Beteiligung, die Art und Weise des Prozesses und dessen Ergebnisse.

LITERATUR

- Coglianese, C. (1997): Assessing Consensus: The Promise And Performance Of Negotiated Rule-making. In: Duke Law Journal 46 (6), pp. 1255–1349
- Delli Priscoli, J. (2004): What is Public Participation in Water Resources Management and Why is it Important? In: Water International 29 (2), pp. 221–227
- Diduck, A. / Sinclair, A.J. (2002): Public Involvement in Environmental Assessment: The Case of the Nonparticipant. In: Environmental Management 29 (4), pp. 578–588
- Dollinger, W. (1986): Bürgerbeteiligung in Genehmigungsverfahren von Großprojekten. Ein Beitrag zur Akzeptanz von Verwaltungsentscheidungen. Spardorf
- EU (2002): Leitfaden zur Beteiligung der Öffentlichkeit in Bezug auf die Wasserrahmen-richtlinie. Aktive Beteiligung, Anhörung und Zugang der Öffentlichkeit zu Informati-onen (Übersetzung der englischen Originalfassung). Endgültige, nach dem Treffen der Wasserdirektoren im November 2002 erarbeitete Fassung. Guidance Document No. 8
- Feindt, P.H. / Newig, J. (2005): Politische Ökonomie von Partizipation und Öffentlich-keitsbeteiligung im Nachhaltigkeitskontext. Probleme und Forschungsperspektiven. In: P.H. Feindt / J. Newig (Hg.): Partizipation, Öffentlichkeitsbeteiligung, Nachhaltigkeit. Perspektiven der politischen Ökonomie Marburg, S. 9–40
- Koontz, T.M. / Thomas, C.W. (2006): What Do We Know and Need to Know about the

- Environmental Outcomes of Collaborative Management? In: Public Administration Review 66, pp. 111–121
- Macnaghten, P. / Jacobs, M. (1997): Public identification with sustainable development. In-vestigating cultural barriers to participation. In: Global Environmental Change 7 (1), pp. 5–24
- McGinnis, M.D. (ed.) (1999): Polycentricity and Local Public Economies: Readings from the Workshop in Political Theory and Policy Analysis. Ann Arbor
- Meadowcroft, J. (2002): Politics and scale: some implications for environmental gover-nance. In: Landscape and Urban Planning 61, pp. 169–179
- Newig, J. (2005): Die Öffentlichkeitsbeteiligung nach der EG-Wasserrahmenrichtlinie: Hintergründe, Anforderungen und die Umsetzung in Deutschland. In: Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht 28 (4), S. 469–512
- Newig, J. / Fritsch, O. (2008): Der Beitrag zivilgesellschaftlicher Partizipation zur Effektivitätssteigerung von Governance. Eine Analyse umweltpolitischer Betei-ligungsverfahren im transatlantischen Vergleich. In: I. Bode / A. Evers / A. Klein (Hg.): Bürgergesellschaft als Projekt. Eine Bestandsaufnahme zu Entwicklung und Förderung zivilgesellschaftlicher Potenziale in Deutschland. Wiesbaden, S. 214–239
- Newig, J. / Fritsch, O. (2009): Environmental Governance: Participatory, Multi-Level – And Effective? In: Environmental Policy and Governance 19 (3), pp. 197–214
- Ostrom, E. (ed.) (2005): Understanding Institutional Diversity. Princeton, New York 2005
- Pellizzoni, L. (2003): Uncertainty and Participatory Democracy. In: Environmental Values 12 (2), pp. 195–224
- Pressman, J.L. / Wildavsky, A. (1984/1973): Implementation: how great expectations in Washington are dashed in Oakland. Berkeley, Calif. et al.
- Renn, O. (2005): Partizipation – ein schillernder Begriff. In: GAIA – Ecological Perspec-tives for Science and Society 14 (3), S. 227–228
- Schenk, A. / Hunziker, M. / Kienast, F. (2007): Factors influencing the acceptance of nature conservation measures – A qualitative study in Switzerland. In: Journal of Environmental Management 83, pp. 66–79
- Smith, G. (2003): Deliberative Democracy and the Environment. London
- Tyler, T.R. (1990): Why People Obey the Law. New Haven
- Webler, T. (1995): „Right“ Discourse in Citizen Participation: An Evaluative Yardstick. In: O. Renn / T. Webler / P. Wiedemann (Hg.): Fairness and Competence in Citizen Parti-cipation: Evaluating Models for Environmental Discourse. Dordrecht, pp. 35–86
- Wolf, L. / Adrian, V. (1996): Kriterien zur Evaluation von Partizipationsverfahren. In: S. Klaus (Hg.): Planung und Kommunikation. Wiesbaden/Berlin, S. 181–188
- Würtenberger, T. (1996): Die Akzeptanz von Verwaltungsentscheidungen. Verwaltung 2000. Baden-Baden
- Zilleßen, H. (1996): Die Modernisierung der Demokratie im Zeichen der Umweltproble-matik. In: K. Selle (Hg.): Planung und Kommunikation. Wiesbaden/Berlin, S. 115–128